

# Niederer Anzeiger

№ 67

Donnerstag, den 5. Juni 1930

43. Jahrgang

## Ein Notopfer für alle.

Auch Scholz verlangt Ausgabenlenkung.

1) Münster i. W., 3. Juni.

In einer Versammlung in der Stadthalle sprach Reichsminister a. D. Dr. Scholz über die politische Lage. Er wies darauf hin, daß eine

Umkehr von unserer gesamten Finanzpolitik notwendig ist. Die Stellung des Reichsministers ist notwendig so hart wie bei kaum einer Regierung zuvor. Der Fehlbetrag von 750 Millionen beruht im wesentlichen auf der ungeheuren Arbeitslosigkeit.

### Eine Sanierung der Wirtschaft

lei notwendig, wenn steuerliche Einnahmen in steigendem Maße aus Deutschland herausgeholt werden sollen. Hierbei ist aber wiederum die Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit und die Befreiung der ungeschuldeten Wirtschaft auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung entscheidend.

Im Augenblick seien nicht neue Steuern, sondern härtere Ausgabenlenkung auf allen Gebieten erforderlich. Es sei ferner, das sogenannte Notopfer auf Beamte und Selbstständige zu beschränken. Ein solches einseitiges Notopfer sei mit Entschiedenheit abzulehnen. Mit gewissen Zwangsmaßnahmen für eine Verteilung des Einkommens könne ein Notopfer erreichen, das alle Schichten der Bevölkerung umfasse.

Was die Frage der Landwirtschaftsreform angeht, die zum vorläufigen Abschluß gekommen sei, so dürfe die Bedeutung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft nicht unterschätzt werden. Seine Partei sei bereit, mit noch härteren Mitteln die Landwirtschaft zu fördern. Eine Reform und vor allem die Ausbreitung des Kreditwesens zwischen Reich und Preußen seien daher unbedingt notwendig.

Die von ihm geführten Verhandlungen über den Zusammenschluß der staatsbürgerlichen Parteien seien im Einvernehmen mit dem Reichsminister Drilling geführt worden, eine solche Einigung im Interesse der ganzen bürgerlichen Entfaltung Deutschlands geschehen habe. Obwohl die Verhandlungen gescheitert seien, müßten die Bemühungen zur Sammlung des Bürgerrechts ermöglicht werden. Seine Partei sei unter Umständen bereit, in ein größeres Bündnis auszuweichen.

### Die Demokraten zur Lage.

Stuttgart, 3. Juni.

Der Landesauschuß der deutsch-demokratischen Partei Württembergs nahm gegen eine Minderheit eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Der Landesauschuß stellt fest, daß das Verhältnis der deutsch-demokratischen Partei eine Verhäuflichkeit des Verhältnisses zwischen Regierung und Städten, zwischen Stadt- und Landgemeinden, zwischen Stadtbevölkerung und Landbevölkerung vermindere und das gegenseitige Verhältnis zwischen Stadt und Land gefördert werden soll.

In der Entschließung wird ferner ausgeführt, daß die Beteiligung der Reichsregierung an der Reichsregierung in Anbetracht der schweren Notlage des Reiches insofern als geboten anzusehen sei, als dadurch eine Sicherung für die Erledigung der dringlichsten parlamentarischen Arbeiten ohne Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegeben ist.

## Deutschnationaler Parteitag in Halle.

Halle (Saale), 3. Juni.

Der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschnationalen



66. Fortsetzung. Raucher verboten.

Es war ein düsterer Schiefer, den eine mitleidige Hand vor das Letzte gezogen hatte — vor das Brauenhasteste: Denn dort, unter dem Trümmersfeld mit seinen zentnerschweren Blöden, hatten ja Menschen gestanden! Menschen voll blühenden Lebens, gesund und stark und noch, und nun —

Keiner mochte es andeuten. Aber jedes Auge starrte nach der harmlosen Wolke drüben. Wehe, wenn sie sich vergoß.

Vom Schicksal hat umbergeworfene Geesten waren es meist, die dort standen. Und waren selber hart geworden, gegen sich wie andere. Aber das da?

Schilf und Starr standen die Männer in der Schlucht des Steinbruchs. Aber von dem Schicksal der Arbeit, das wieder einmal sein Dasein gefordert, liegt es auf wie ein dumpf zitterndes, brandender Wasser. Wie ein Raucher konnte die Schwadenstunde herum im Rauchen Grund. Ein entsetzlicher Unfall hätte sich ereignet am Steinbruch neben der Sperrmauer. Ein Bergsturz, der sieben Menschenleben gefordert hätte — darunter Bormalter Stammgärtner und Direktor Bertsch selber. Kämmich legte es sich auf alle Herzen, und in manchen von ihnen, wo Härten Burgmanns prophetische Worte noch in frischer Erinnerung standen, klang es mit einem geheimen Schauer: Hier hatte Gott gesprochen und gerichtet!

Und ins Adlige Haus drüben drang die Kunde. Es war um die Mittagszeit. Man saß gerade bei Tisch im Esszimmer, als draußen von der Halle ein aufgeregtes Geschrei hereinbrach. Kommer v. Grünhilds Name-Maria hinauf. Was der Spektakel sollte? Aber nun kam sie wieder, ganz verblüht.

nalen Volkspartei hielt in Halle seinen Landesparteitag ab. Der Vortritt war ausgefüllt mit einer Reihe von Sonderreden. Die Reichstagsabgeordnete Frau Annagret Lehmann sprach über kulturpolitische Tagesfragen. Abgeordneter Lauerer befragte die dem Berufsbeamtentum unmittelbar drohenden Gefahren. Durch die seit 1923 gegen das Berufsbeamtentum gerichtete Hege habe eine Entbeamtungsmanie Platz gegriffen. Dazu komme jetzt das Ausgabenlenkungsgezet, das 600 Millionen Mark Ersparnisse erzielen solle, davon 90 Prozent auf Kosten der Beamten. Der Leiter des kommunalpolitischen Reichsausschusses, Dr. Marek, betonte in seinem Referat die wachsende Bedeutung des Mittelstandes; Landtagsabgeordneter Klein-Halene sprach über die Arbeiterfrage im neuen Deutschland.

Im Rahmen allgemeiner politischer Betrachtungen brachte Dr. Hagenberg die lokale Mittelnahme der DVP, an dem Kampf zum Ausdruck, den die Regierung Drilling, auch darin in die Fußstapfen der Großen Koalition tretend und unter Mißachtung der Rechte der Cänderregierungen, der thüringischen Reichsregierung ausgenützt habe, und ging dann auf den fortwährenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und auf die kritische Lage des deutschen Arbeiters zu.

## Begründung zum Abhilfegezet.

Vorschläge für die Durchführung.

Berlin, 3. Juni.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichsrat auf die Begründung zum Abhilfe-Gezet und zum Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Arbeitslosenversicherung vorgelegt. In der Begründung wird ausgeführt, daß das vorliegende Abhilfe-Gezet wegen der Abgrenzung seines Aufgabensfeldes, für den Finanzlage des Reiches entscheidend mitwirkend, nicht alles umfassen kann, was zum Wiederaufbau des Ostens notwendig ist und gehen müßte. Vielmehr wird die Gesamtpolitik der Deutschen Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung und die Bewirtschaftung aller Staatseinkünfte des Reiches und Preußens als leitenden Gesichtspunkt den berüchtigtsten müssen, die Wiederaufbau des Ostens so zu fördern, daß die hier sich auftuende wirtschaftliche und nationalpolitische Gefahrenquelle verstopft wird. Die Ostprovinzen müssen in die Lage versetzt werden, auf gleicher Stufe mit anderen Landesstellen wettbewerbsfähig zu werden. Der Bestand ihrer Bevölkerung muß durch starken Ausbau der Siedlung in allen ihren Formen erhalten und erhöht werden.

Das Gezet geht darauf aus, zunächst für das Rechnungsjahr 1930 die erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen und macht, unbeschadet der Fortdauer des genannten Ostprovinzengezetes vom 18. Mai 1929, die weitere Durchführung auf ein Jahrfrist von dem Beginn der im Herbst des Jahres 1931 durch Gezet zu erwerbenden Finanzreform abhängig. Unter dieser Voraussetzung schließt das Abhilfe-Gezet den Rahmen für ein umfassendes Fünfjahrprogramm.

Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich die neugetragenen Siedlerstellen bei wirtschaftlich richtigem Aufbau auch der leistungsfähigen Finanzreform nicht unwirksam erwiesen. Es wird sich jedoch empfehlen, für die Zukunft nicht an einer schmalen Höchstgrenze (15 Hektar) der einzelnen Stelle festzuhalten.

Ueber die zum Zwecke der Umsiedlung in Aussicht genommene durch reichsgarantierte Forderungen gesicherte Anleihe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt wird gefaßt: Die Reichsregierung verkennt nicht, daß eine derartige Emission für die übrigen, an den inländischen Kapitalmarkt

erhöhten Ansprüche nicht erwünscht ist. Sie glaubt indes, daß dieser Weg der Kapitalbeschaffung angesichts der dringenden Notwendigkeit zur Stärkung der öffentlichen Wirtschaft gerechtfertigt und mit geringeren Nachteilen verbunden ist als eine sonst kaum vermeintbare Prämienanleihe.

Ueber die Durchführungsvorgänge heißt es in der Begründung u. a.:

Es ist in Aussicht genommen, an die Spitze jeder Landesstelle einen besonderen Kommissar zu setzen und ihm die nötigen zur wirtschaftlichen Führung befähigten Organe anzuschließen. Dem Kommissar ist als beratendes Organ ein Ausschuß zur Seite zu stellen, in dem sowohl die Gläubigerkreise (die hauptsächlich beteiligten Kreditinstitute, Handels- und Handwerkskammern usw.) wie die Schuldnerkreise vertreten sind.

Wenn — wie zu erwarten — das Land Preußen sich an der Durchführung für die Umsiedlungsaktion zu gleichen Teilen mit dem Reiche beteiligt,

wird die Reichsregierung das Einverständnis der Preussischen Staatsregierung zu dem Erlaß der einschlägigen Durchführungsvorschriften herbeiführen.

Von den Grenzstellen zur Förderung sonstiger Zwecke wird u. a. auf die Elektrizitätsübertragung des Ostens hingewiesen. Dadurch dürfte mittelbare eine Lastenentlastung auch der Gemeinden herbeigeführt werden.

Die Durchführung der Sonderaufgaben im Osten, insbesondere der Verkehrsarbeiten kann erst im Laufe der Zukunft nach Maßgabe der verfügbaren Mittel in größerem Umfange eingeleitet werden. Der Umfang der vom Jahre 1931 ab durchzuführen größeren baulichen Maßnahmen wird von den Ergebnissen der Reichsfinanzreform abhängig sein. Erst nach ihrer Verabschiedung kann für die Jahre 1931 bis 1934 ein Programm aufgestellt werden.

## Thüringen verbietet:

Öffentliche Umzüge der Arbeiterportbewegung.

Weimar, 4. Juni.

Das thüringische Innenministerium hat die von der „Interkommunistischen zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport für die Pfingstfesttage vom 6. bis 8. Juni in Thüringen vorgeesehenen Versammlungen, soweit es sich um Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel handelt, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung verboten.

Das Verbot erstreckt sich auf alle in Verbindung mit dem Reichstreffen der Roten Sportler geplanten Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel, ganz gleich, von welcher Untergruppe der kommunistischen Arbeiterportbewegung oder welcher Organisation der kommunistischen Bewegung sie nach dem Erlaß des Verbotes abgehalten werden. Aus der Begründung zu diesem Verbot ist zu entnehmen, daß es sich bei dem angeführten Reichstreffen der Roten Sportler, das sich neben einer Reihe von thüringischen Städten auch in Erfurt abspielen soll, nicht nur um eine sportliche Veranstaltung, sondern in besonderem Umfange um politische Handlungen handelt. Die „Interkommunistische zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport“ sei an sich eine mit der kommunistischen Bewegung in Verbindung stehende Organisation. Das von dieser Organisation angeordnete Reichstreffen werde von der kommunistischen Partei und den kommunistischen Hilfsorganisationen weitgehend betrieben und gefördert.

„Na, was ist?“ herrschte sie der Gutsheer an. „Es red' doch, in Kaduads Namen!“

„Ach, der Kallmann kommt eben — ein solches Unglück!“

„Wo denn?“

„Innen im Steinbruch — an der Kallperre.“

Kallperre — Ehe von Selbach hätte plötzlich einen dumpfen Druck in der Hergegend. Ihr Blick hing an Amme-Maries Mund. Aber der war wie gelähmt. Dort im Steinbruch arbeitete auch der Spiel-Engelbert, ihr Bräutigam.

„Es ist aus dem Mädchen ja nichts herauszubringen. Ich werde mal selber dranhin nachfragen.“

Eberhard von Selbach sagte es und ging zur Halle. Nun kam er wieder, langsam und schweigend. Und — Ehe von Selbach erstarrte — sein Blick suchte sie.

Dann sprach er:

„In der Tat, ein sehr schwerer Baumfall. Viele Verletzte und sieben Tote. Zumunter leider auch Direktor Bertsch.“

„So — der Bertsch auch? Na —“

Grimmig kam es Hemmer von Grund von dem Stein. Er hatte keine Ursache, ihm nachzutrueren. Nein, bei Gott nicht!

Leise beugte sich Eberhard von Selbach zu Ehe nieder. Seine Rechte legte sie sanft auf ihre Schulter. Aber unter dieser Berührung erwachte sie aus ihrer Starrheit. Sie erhob sich von ihrem Sitz, unbewußt. Fast wie ein Wächterlein seiner Hand war es.

„Ich muß hin.“

„Zu der Unglücksstätte?“

Nur ein Nicken. Sie war schon zur Tür und zog an der Klinkel.

„Was sollst du da?“

Hemmer von Grund sagte es, mißbilligend. Aber sie wandte ihm ihr Antlitz zu, immer noch tief blaß, aber will beherrsch.

„Du hörst doch, Dntel — viele Verletzte.“

„Das ist kein Anlaß für Frauen.“

„Es gibt Schlimmeres als das.“

„Hart klang es, aber ein Wehen schwang in dem Ton. Von dranhin, aus der Halle, kam Kallmann. Da befaß sie.“

„Entspannen — und meinen Verbandskasten mitnehmen!“

Durch Hemmer von Grund's zusammengefunkenen schmerzhaften Arm schielte sie ein Fuß. Eine Blutwolke überdeckte seine Stirn. Er warf den Kopf zu dem Reffen herum.

„Was ist zu sagen hätte — ich weiß's. Aber du bist ja ihr Mann.“

Eine wilde Flüg auch über Eberhard von Selbachs Riß. Ganzlang ging er zu seiner Frau hin. In seinen Augen stand ein Bitten:

„Willst du wirklich fahren, Ehe?“

„Ich sagte es ja.“

„Aber — wenn ich dich nun bitte? Der Anblick des Schreckens ist am Ende doch zu viel für deine Nerven.“

„Ich bin ihm gemessen. Sei ohne Sorge.“

„Ehe“ — er dämpfte seine Stimme, daß sie nicht mehr bis zu dem Dntel am Tisch drüben klang — „es ist auch wegen des Gewebes der Leute. Wenn dich die Selbstherrschung verleihe.“

„Sie verstand seinen erst nachgehenden Blick. Aber die Entschlossenheit in ihren Augen war nur noch starrer, und so erwiderte sie:

„Ich bleibe handfest. Ich weiß, was ich dir schuldig bin.“

Aber eine kalte, fremde Stimme war es, die er vernahm. Da trat er zurück, still und ruhig wie immer, wenn sie auf ihrem Willen beharrte. Doch es zuckte ihm schmerzhaft um den Mund. Sie achtete es nicht. Ohne noch ein Wort drückte sie das Zimmer.

Ganzlang kam Eberhard von Selbach wieder zu dem Dntel.

(Fortsetzung folgt.)



# Nebrader Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 80 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 67

Donnerstag, den 5. Juni 1930

43. Jahrgang

## Eine folgenschwere Sitzung.

**Arbeitslosenversicherung und Finanzen.**  
— Berlin, 4. Juni.  
Das Reichskabinett ist am Dienstagabend um 6 Uhr zusammengetreten. Die Kabinettsitzung galt den Vorschlägen des Reichsarbeitsministers Dr. Giegener zur Reform der Arbeitslosenversicherung und den Plänen des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zur Entlastung der Reichskasse und des Fiskus. Von den erlernten heißt es, daß sie durch Abstellung von Mißbräuchen und durch andere Reformen in der Arbeitslosenversicherung rund 4 Milliarden erbringen sollen, wobei die Einnahmeerhebungen aus der Erhöhung der Beiträge noch außer Betracht bleiben. Hinsichtlich der Ausgabenentlastung ist neues über die am Montag bekanntgewordenen Beiträge hinaus noch kaum festzustellen.

In Regierungskreisen wird nach wie vor bezweifelt, daß das Notopfer für die Festbesoldeten als Beitrag zur Deckung des Defizits noch eine besondere Rolle spielt, während auf der anderen Seite nicht zu bezweifeln ist, daß Inflation immer noch in Arbeitslosenkreisen der Inflation immer noch an diesem Gedanken festgehalten wird.

Hebrings muß man auch auf Seiten der Regierung damit rechnen, daß beim Scheitern erlangener Vorschläge wieder auf diesen Ausweg zurückgegriffen werden kann. Es heißt überhaupt an allen Finanzplänen wie schon seit Jahrzehnten in Deutschland eine einseitige volkswirtschaftliche Linie.

Dabei ist jetzt ein Ereignis eingetreten, das selbst die unbedingten Anhänger ihrer Finanzpolitik von Fall zu Fall stützen machen mußte.

Die Steuereingänge des Reiches sind — und aus ähnlichen Gründen auch die Zollleistungen — trotz der nachsichtlichen wegen der Vermehrung und Erhöhung der Steuern vermindert worden. Der Grund ist hier die deutsche Wirtschaft ist übermäßig beamtenhaft.

Das sollte zu einem Warnungssignal werden. Finanzreformen von jetzt an nicht mehr nach den Augenblicksbedürfnissen und Wüten der Raffe, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treiben und vor allem ein gesundes Verhältnis zwischen den Anforderungen des Reiches und der Kaufkraft und Steuerkraft der Bevölkerung herbeizuführen.

## Eine unangenehme Überraschung.

100 Millionen Reichsmark für die B. 3. J.

— Frankfurt a. M., 4. Juni.  
Die Einlage, die die Reichsregierung laut der Anlage drei des Hagerer Abkommens an die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich zu entrichten hat, ist bei der B. 3. J. geleistet worden.

Die Einlage soll — unverzinst — 50 Prozent des Durchschnittsquotens der Reparationsgläubiger betragen, 100 Millionen Reichsmark oder nicht überlegen. Da die Mindesteinlage, welche die Gläubiger zu entrichten haben, nach der Anlage 8 des Hagerer Abkommens 125 Millionen Reichsmark betragen, so muß Berlin mit einer Einlagequote von etwa 60—65 Millionen gerechnet und dementsprechend im neuen Etat einen Betrag von 65 Millionen erterrieren, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er je nach den tatsächlichen Erfordernissen auch erhöht werden könne. Da der Generalagent, wie sich aus seinen letzten Mitteilungen ergab, im Monat Mai offenbar auf einen besonders hohen Saldo Gewicht legte, hat der monatliche Durchschnittsbetrag rund 205 Millionen Reichsmark erreicht. Infolgedessen hätte die Reichsregierung heute nicht 65 Millionen, sondern volle 100 Millionen Reichsmark als Einlage an die B. 3. J. zu zahlen. In den kommenden Monaten wird die deutsche Einlage auf den halben Durchschnittsbetrag der Gläubigerquoten in den vorausgehenden Monaten abgestimmt, und man erwartet, daß dann ein Teil der heute geschuldeten Einlage wieder an das Reich zurückfließen werde, weil sich die Zahlungsquoten senken werden, sobald die B. 3. J. ihre volle Tätigkeit aufgenommen hat. Immerhin war es für die Reichsregierung keine angenehme Überraschung, daß sie statt der erwarteten 65 Millionen nunmehr für eine Zeit lang 100 Millionen Reichsmark zu zahlen hat, dies umso mehr, als der Rest des Referendums des Sammilions 35 Millionen Reichsmark, ursprünglich als Deckung für andere Ausgaben des außerordentlichen Haushalts in den Etat eingeleitet worden war.

## Die neuen Botschafter.

Fortführung des Reviements.

— Berlin, 4. Juni.  
Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nunmehr vollzogen. Botschafter Schamer in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Rufstand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom, Freiherr von Neurath, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard

von Bülow ernannt worden. Herr von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übertragen.

Der neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der bisherige Dirigent  
**Dr. Bernhard Wilhelm von Bülow**, steht im 45. Lebensjahr und ist ein Neffe des verstorbenen Reichsanwalters Fürsten Bernhard von Bülow. Bülow habierte zuerst und wurde im Jahre 1912 als Attaché in das Auswärtige Amt berufen und zunächst der Postfach in Washington anvertraut. Im April 1913 kehrte er ins Auswärtige Amt nach Berlin zurück. Im Mai 1916 wurde er in die Gesandtschaft in Athen als Legationsrat berufen. Ins Auswärtige Amt zurückgekehrt nahm er im Juni 1919 den Abschied. Im Januar 1923 trat er wieder in den diplomatischen Dienst und ist seither mit der Leitung im A. A. beauftragt. Im Oktober 1924 erfolgte seine Ernennung zum Vortragenden Legationsrat.

Freiherr Konstantin von Neurath, der als Nachfolger des Botschafters Schamer nach London geht, steht im 58. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat er im Jahre 1901 in den Konsulardienst. Von 1903 bis 1908 war er Botschafter in London. Im Sommer 1914 kam er als Botschafter nach Konstantinopel; im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Reichsminister des Innern in Weimar. Im Januar 1919 wurde er Botschafter in Kopenhagen, von wo er im Jahre 1922 als Botschafter am Quirinal nach Rom verlegt wurde.

Dr. Karl von Schubert, der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und kommende Botschafter in Rom, ist 48 Jahre alt und in Berlin geboren. Nach vollendetem Rechtsstudium trat er im Jahre 1906 als Attaché bei der Botschaft in Washington in den diplomatischen Dienst. In den Jahren 1908-10 wurde er im Auswärtigen Amt verwendet, bis er 1910 Legationsrat in Straßburg und 1911 in Lissabon wurde. Im Jahre 1912 kam er in gleicher Eigenschaft nach London. Nachdem er kurze Zeit bei der Gesandtschaft in Bern Verwendung fand, wurde er 1920 Vizelegationsrat und Legationsrat am Auswärtigen Amt. Dort übernahm er 1921 als Ministerialdirektor die Leitung der Abteilungen England und Amerika, bis er nach der Ernennung des bisherigen Staatssekretärs von Bülow zum Botschafter in Washington dessen Nachfolger wurde.

## Ernennung im Auswärtigen Amt.

— Berlin, 4. Juni.  
In Verbindung mit den jetzt erfolgten Ernennungen stehen bis zum Herbst im Auswärtigen Amt eine Reihe von Veränderungen bevor, die den Gesamtschwerpunkt einer Erneuerung in folgenden Stellen tragen werden. Die Entsendung über die Neubestellungen wird der neuernannte Staatssekretär von Bülow wesentlich mit beeinflussen.

Der Leiter der Personalabteilung, Ministerialdirektor Schneider, wird zum Herbst sein Amt aufgeben und sich seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen. In der Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient wird wahrscheinlich ebenfalls ein Wechsel eintreten und ebenso ist mit einem Wechsel in der Leitung der Kulturabteilung zu rechnen. Von besonderer Bedeutung ist der Wechsel in der Abteilung 4, der Auslandsabteilung. Wie es heißt, ist der bisherige Leiter dieser Abteilung, Ministerialdirektor Trautmann, an Stelle Kisters, der die Personalabteilung übernimmt, für den Generaldirektor in Wien auszuweichen. Die Neuernennung für diesen Posten wird von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Außenpolitik sein und wenn bisher auch demotiert wurde, daß ein Wechsel auf dem Mosauer Botschafterposten erfolgen soll, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß in Verbindung mit dieser Neubestellung auch eine Aenderung bei den Vertretungen in Moskau oder Angora vor sich geht. Für diesen Fall ist aber auch mit einem Geländewechsel in Warschau zu rechnen, und zwar ist der Botschafter in Riga, der jetzt an der Pariser Botschaft tätig ist, seit längerer Zeit für den Warschauer Posten auszuweichen.

Neben den Abteilungsleitern wird aber auch ein Direktorenwechsel erfolgen, und zwar wird der neue Staatssekretär von Bülow vorerst einmal einen Nachfolger für sich selbst in der Abteilung West- und Süd-Ost-Europa wählen müssen.

Alsdann muß auch an Stelle des Freiherrn von Richthofen, der nach Kopenhagen gegangen ist, ein Dirigent für die Abteilung 3, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Orient ernannt werden. Wie verlautet, befehligt die Ablicht, die bisherigen Geländen in Addis Abeba, Brüssel, für eine leitende Stellung in dem Auswärtigen Amt einzurufen. Als sein Nachfolger ist der Vortragende Legationsrat Hoffmann, der bisher erfolgreich die Angelegenheiten des besetzten deutschen Eigentums in Amerika bearbeitet hat, in Aussicht genommen.

## Frankreichs Außenpolitik.

Die lang erwartete Rede Lardieus.  
— Paris, 3. Juni.  
Ministerpräsident Lardieu hat in Dijon eine politische Programmrede gehalten, die den Auftakt zum Wiederbeginn der Parlamentsarbeiten bildet. Außenpolitisch führte Lardieu aus, die Grundzüge der französischen Außenpolitik lägen fest. Zwischen Frankreich und Deutschland sei noch über wichtige Abkommen zu verhandeln gewesen. Hinsichtlich der Mobilisierung der Forderungen sei noch nichts er-

reichigt gewesen, und doch sei die Mobilisierung das einzige Mittel, um an die Stelle der militärischen Garantien eine finanzielle Garantie zu setzen, durch die der Kredit Deutschlands mit der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen verbunden werde. Nunmehr aber werde vor Ablauf von zwei Wochen die Mobilisierung der ersten Tranche durchgeführt sein, mehr als hundert Millionen Dollar würden in die französischen Staatskassen fließen, und auf dem Weltmarkt werde die erste Young-Anleihe den Kredit Deutschlands mit der Liquidierung der Kriegsschulden solidarisch verbinden.

Wenn am 30. Juni mit der gestimmten Würde, ohne Eile, aber auch ohne Verzögerung entsprechend dem vor zwei Monaten von den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm die dritte Rheinlandzone geräumt sein werde, werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich in Kraft sein, und die finanziellen Garantien, die Frankreich stellen, als das Kabinett Lardieu die Regierung übernahm, würden Gestalt haben. Das ist ein finanzielles und ein politisches Ergebnis.

Auf die allgemeine Friedenspolitik übergehend, erklärte Lardieu, seine Regierung habe das Friedensverbot, das Irland in letzter Versammlung Kabinett verlegt habe, weiter betrieben. Es sei günstig, daß die Politik der Organisierung Europas von Männern ratifiziert worden ist, die früher gehörten, die Politik zu billigen. Wer habe Dr. Stresemann einen Vorwurf daraus gemacht, daß er von weither zur Verhängungspolitik gelangt ist? Das Recht, das man dem deutschen Staatsmann nicht abgehehen hat, muß man in gleicher Weise auch allen französischen Abgeordneten lassen.

## Zum Schluß französische Fremdbildungen!

Schmeicheln Guillaumais für das Rheinland.  
— Paris, 3. Juni.  
Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumont, gewährte einigen französischen Pressevertretern in Wiesbaden eine Unterredung, in der er sich zunächst über die landwirtschaftlichen Reize des Rheinlandes, als auch über den Umwärtig der Besatzungstruppen und vor allem die Gefinnung der Bevölkerung äußerte. Guillaumont zeigte sich über Mainz und Wiesbaden geradezu begeistert.

Er glaubt jedoch, daß der französische Einfluß auf die Bevölkerung von unwägbare Bedeutung gewesen sei, wenigstens soweit es sich um Ausgerüsteten, wie Kleidung und Umgang, handle.

Der Abzug der Truppen werde immer wieder als eine technische Befragungsliste hingestellt, in Wirklichkeit jedoch seien große Schwierigkeiten zu überwinden, da die Militärzüge den regelmäßigen Zugverkehr nicht stören dürften. Auch die Aufgabe der beschlagnahmten Wohnungen, Aufstellung von Annoncieren und die ganze technische Umwidmung der Besatzung mache große Schwierigkeiten.

hinführender befaßt sich alle anderen. als auch von den die Suabrische Engländer und als den für alles

## Rufen.

Hinführender befaßt sich alle anderen. als auch von den die Suabrische Engländer und als den für alles

bei den in der politischen Presse nach

## Stain setzt ab.

Kalinin über Auslands internationale Lage.  
— Moskau, 4. Juni.  
Der stellvertretende Kriegskommissar und stellvertretende Vorsitzende im Obersten Kriegs- und Revolutionsrat Winich wurde auf Beschluß des Präsidiums des Volkskongresses seines Postens entlassen. Zu seinem Nachfolger wurde der frühere Oberbefehlshaber der fünften Roten Armee im Fernen Osten Uboreschich und der außerordentlichen politische Kommissar der Roten Armee Gamarnik ernannt.

